

## Corona-Update Kommunalfinanzen: Die Zitterpartie dauert 2021 weiter an

Nr. 316, 10. Februar 2021

Autoren: Dr. Stephan Brand, Telefon 069 7431-6257, stephan.brand@kfw.de  
Christian Raffer (Deutsches Institut für Urbanistik), raffer@difu.de  
Dr. Henrik Scheller (Deutsches Institut für Urbanistik), scheller@difu.de  
Dr. Johannes Steinbrecher, Telefon 069 7431-2306, johannes.steinbrecher@kfw.de

Die Corona-Krise währt nun schon fast ein Jahr. Obwohl Bund und Länder 2020 diverse Maßnahmen auf den Weg gebracht haben, um die kommunalen Haushalte zu entlasten, bleibt bei den Kommunen gerade mit Blick auf die Zeit über das Jahr 2021 hinaus eine erhebliche Unsicherheit bestehen. Dies zeigen die Angaben der für das KfW-Kommunalpanel 2021 befragten Kommunen. Eine Vorabauswertung analysiert die Erwartungen zur Entwicklung der kommunalen Ausgaben und Einnahmen. Zwar trotzten die öffentlichen Investitionen noch der Krise, allerdings trübt sich das Bild gerade bei finanzschwachen Kommunen stärker ein. Mit Blick in die nähere Zukunft gilt, dass bei den Investitionen, aber vor allem auch bei den freiwilligen Aufgaben für Kultur, Sport und Soziales das Risiko spürbarer Einsparungen besteht. Beide Ausgabenkategorien sind allerdings für die Daseinsvorsorge und die Lebensqualität in Deutschland von großer Bedeutung. Die Unwägbarkeiten für die kommunalen Haushalte drohen damit langfristig negative Folgen über die Zeit der Krise hinaus zu entfalten, wenn es nicht gelingt, finanzielle Planungssicherheit für Kommunen zu schaffen.

Die Corona-Krise hat Deutschland weiter fest im Griff. Die wirtschaftlichen Folgen haben auch Auswirkungen auf die Finanzlage der Kommunen: Bereits vor dem zweiten Lockdown hat die Krise tiefe Spuren in den Kassen der öffentlichen Haushalte hinterlassen. Insgesamt fielen die Einnahmen aller staatlichen Ebenen bis zum dritten Quartal 2020 um rd. 4,3 % niedriger aus als im Vorjahreszeitraum, die Ausgaben lagen hingegen um 11,6 % über den Werten der ersten drei Quartale des Jahres 2019.<sup>1</sup> Dabei dürften die ganzen Auswirkungen der Krise erst in den kommenden Monaten und Jahren vollumfänglich zu Tage treten. Darauf deuten auch die Einschätzungen der Kammereien bei der Befragung zum KfW-Kommunalpanel 2021 hin. Dieser Beitrag nimmt eine Vorabauswertung zu den aktuellen Corona-Auswirkungen vor und vergleicht die Ergebnisse mit Befragungsergebnissen aus dem Mai 2020.<sup>2</sup>

### Corona-Krise wirkt sich negativ auf die Finanzen aus

Die aktuellen Ergebnisse verdeutlichen, dass sich die Lage nach Einschätzung der Kommunen im Lauf des Jahres keinesfalls entspannt hat. Im Gegenteil – im Vergleich zu den ersten Einschätzungen zu Beginn der Krise hat sich das Stimmungsbild bis zum Ende des Jahres weiter eingetrübt: Rund 73 % der Kommunen geben bei der aktuellen Befragung an, dass sich die Finanz- und Haushaltslage – bezogen

auf die Einnahmen – schlechter oder sogar deutlich schlechter darstellt, als es noch zu Beginn der Krise zu befürchten war.<sup>3</sup> Gerade einmal 18 % sehen keine Veränderung im Lauf des Jahres und nur knapp 9 % geben an, dass sich die Einnahmesituation aktuell besser darstellt als noch im April/Mai 2020. Maßgeblich für diese Einschätzung ist das Wegbrechen von Steuereinnahmen, wobei insbesondere die Gewerbesteuer für die Kommunen eine besondere Rolle spielt.<sup>4</sup> Für 70 % der befragten Kommunen fallen die Steuereinnahmen schlechter oder sogar deutlich schlechter aus, als sie es noch zu Beginn der Krise erwartet haben – und dies, obwohl Bund und Länder zum Zeitpunkt der Befragung bereits Erstattungen der Gewerbesteuerminderereinnahmen in Höhe von 11,8 Mrd. EUR zugesagt hatten.<sup>5</sup>

**Grafik 1: Stimmung der Kommunen hat sich weiter eingetrübt**

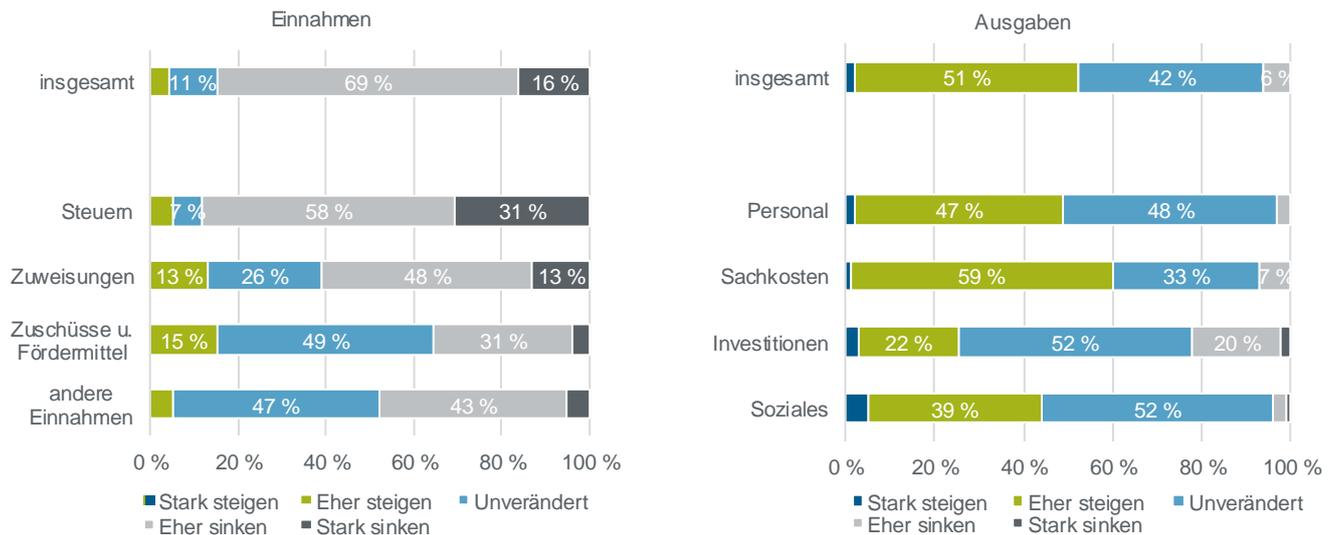
		Einnahmen		
		☹	☺	😊
Ausgaben	☹	36 %	5 %	2 %
	☺	34 %	15 %	5 %
	😊	2 %	0 %	2 %

Lesehilfe: Dargestellt ist die Kombination der Einschätzungen der befragten Kammereien für das Jahr 2020. Ein „☹“ bedeutet, dass die Kommunen die Situation gegenwärtig als „eher schlechter“ oder „deutlich schlechter“ sehen, verglichen mit ihrer Einschätzung im April / Mai 2020. Ein „☺“ bedeutet folglich eine unveränderte und ein „😊“ eine positivere Einschätzung.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2021.

Auch bezogen auf die Ausgabenseite hat ein erheblicher Anteil der befragten Kommunen eine pessimistischere Einschätzung als noch im Frühjahr 2020. Zwar gehen rund 54 % der Kommunen davon aus, dass die Ausgabensituation im Vergleich zur Einschätzung im Mai 2020 unverändert ist. Zugleich bewerten jedoch auch 43 % die aktuelle Ausgabensituation als schlechter oder sogar deutlich schlechter. Maßgeblich für diese Entwicklung sind die Sachkosten (z. B. pandemiebedingte Schutzausrüstung oder Homeoffice-Ausrüstung), bei denen sich in fast 60 % der Kommunen die Lage Ende 2020 negativer darstellte als noch zu Beginn der Corona-Krise. Dabei hat sich bei über einem Drittel der Kommunen (36 %) sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabensituation verschlechtert (Grafik 1).

**Grafik 2: Erwartungen für die Zukunft: Corona-Krise hinterlässt Spuren im Kommunalhaushalt über 2021 hinaus**



Lesehilfe: Dargestellt sind die erwarteten Auswirkungen der Corona-Krise für die mittelfristige Finanz- und Haushaltslage der Kommunen.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2021.

Ein weiteres Drittel (34 %) ist mit schlechteren Einnahmen bei unveränderten Ausgaben konfrontiert und bei weiteren 15 % sind Einnahmen und Ausgaben weitgehend stabil geblieben. Insgesamt hat sich das Stimmungsbild der Kommunen im Lauf des Jahres 2020 damit sowohl für die Einnahmenseite als auch für die Ausgabenseite nochmals eingetrübt.

**Stabilisierung auf niedrigem Niveau in der mittelfristigen Perspektive**

Mit Blick auf die Erwartungen für das Jahr 2021 und darüber hinaus zeigt sich zumindest eine Stabilisierung, wenngleich auf niedrigem Niveau. Insgesamt rechnen aktuell 85 % der befragten Kammereien – im Vergleich zur Haushaltslage vor der Pandemie – mit sinkenden Einnahmen für 2021 und die darauf folgenden Jahre (Grafik 2). Im Mai 2020 bewegte sich dieser Wert mit rund 88 % in einer ähnlichen Größenordnung. Gerade einmal 4 % rechnen aktuell mit steigenden Einnahmen im Vergleich zu ihren ursprünglichen Haushaltsplanungen. Den stärksten Einfluss hat auch für die mittlere Frist die Entwicklung der Steuereinnahmen: 58 % der Kommunen (im Mai 52 %) erwarten eher sinkende, weitere 31 % (im Mai 37 %) sogar stark sinkende Einnahmen für die Jahre ab 2021. Nur 5 % rechnen aktuell mit steigenden Steuereinnahmen.<sup>6</sup>

Ähnliches gilt für die Erwartungen zur Ausgabenseite. Aktuell gehen rund 52 % der Kommunen von einem Anstieg der Gesamtausgaben aus, im Mai waren es rund 61 %. Nur 6 % der Kommunen können sich für die kommenden Jahre eine Ausgabenreduktion vorstellen (im Mai 10 %). Bei den einzelnen Ausgabenarten wird ebenfalls vielfach ein krisenbedingter Anstieg einkalkuliert.<sup>7</sup>

Etwas aufgehellt hat sich die mittelfristige Perspektive für die kommunalen Investitionen: Während knapp 26 % der befragten Kommunen von steigenden Investitionen in Folge der Krise ausgehen, sehen 22 % sinkende Investitionen vorher (im Mai 2020 war das Verhältnis noch 26 zu 31 %). Der

Anteil der Kommunen, die steigende Investitionen erwarten, dürfte auch durch eine krisenbedingte Verschiebung politischer Prioritäten und Investitionsbedarfe zu erklären sein. Gleichzeitig deutet der Anteil an Kommunen, die von einem Rückgang der Investitionen ausgehen, auf die sinkenden Haushaltsspielräume infolge der Krise hin. Dieses zwiespältige Bild dürfte den großen Unsicherheiten über die weitere Entwicklung geschuldet sein. Die Mehrheit von 52 % der Kommunen bleibt daher abwartend und gibt an, dass ihre Investitionen mittelfristig nicht von der Corona-Krise beeinflusst werden. Das durchschnittliche Investitionsniveau der letzten Jahre wird jedoch nur beibehalten werden können, wenn die Einnahmeeinbrüche nicht so hoch ausfallen wie befürchtet. Vor allem wenn die Eigenmittel krisenbedingt sinken, werden die Kommunen ihre Investitionen reduzieren müssen; 57 % der Kommunen erwarten diesen Effekt.<sup>8</sup>

**In der Krise erwarten Kommunen stärkere Investitionen in die Digitalisierung und für den Klimaschutz**

Selbst wenn sich die mittelfristigen Investitionen der kommenden Jahre aus heutiger Sicht nur mit einiger Unsicherheit abschätzen lassen, so zeichnen sich schon jetzt Veränderungen innerhalb der Investitionsschwerpunkte ab. Trotz der zu erwartenden Mindereinnahmen infolge der Krise werden vor allem Investitionen in die Digitalisierung für eine Mehrheit der Kommunen wichtiger.<sup>9</sup> Unter den befragten Kommunen rechnen 51 % mit eher steigenden, weitere 13 % sogar mit stark steigenden Investitionsausgaben für die Digitalisierung. Nur rund 8 % gehen davon aus, dass auch die Investitionen für die Digitalisierung durch die Krise in Mitleidenschaft gezogen werden. Dabei sind die damit verbundenen Erwartungen durchaus durchwachsen: Gerade einmal 51 % der Kommunen stimmen der Aussage zu, dass es durch die Digitalisierung mittelfristig zu einer Entlastung von Verwaltungsprozessen kommen wird, beispielsweise weil Abläufe einfacher oder kostengünstiger organisiert werden können.

Auch Investitionen in den kommunalen Klimaschutz und die

Klimaanpassung scheinen den zu erwartenden Mindereinnahmen weit gehend zu trotzen. Hier rechnen rund 33 % der Kommunen sogar mit steigenden Investitionsausgaben, 50 % erwarten stabile Investitionen und nur 16 % rechnen mit einem Rückgang. Ähnlich sieht es bei Investitionen in Maßnahmen zur Anpassung an den demografischen Wandel aus, wofür 23 % der Kommunen steigende und lediglich 18 % sinkende Investitionsausgaben erwarten. Zu beobachten bleibt, wie die Kommunen ggf. mit dem Widerspruch zwischen sinkenden Gesamtinvestitionen und steigenden Investitionen in einzelnen Bereichen umgehen werden, der eigentlich nur durch eine Reduktion der Investitionsanteile für andere Aufgabenbereiche aufzulösen wäre.

**Freiwillige Aufgaben für Kultur, Sport oder Soziales drohen am ehesten dem Rotstift zum Opfer zu fallen**

In Anbetracht sinkender Einnahmen und steigender Ausgaben werden die Haushaltsspielräume geringer. Die kommunalen Spitzenverbände rechnen mit Finanzierungsdefiziten von jeweils rund 10 Mrd. EUR in den nächsten Jahren.<sup>10</sup> Weil viele Ausgabenposten (insbesondere bei Personal und Soziales) rechtlich fixiert sind, sind Konsolidierungen vor allem bei den disponiblen Investitionen und den freiwilligen Aufgaben möglich.

Unter den im KfW-Kommunalpanel abgefragten freiwilligen Aufgabenbereichen gehen allenfalls bei der Wirtschaftsförderung 20 % der Kommunen davon aus, zukünftig mehr in diesem Bereich auszugeben. Ein genau so großer Anteil erwartet jedoch sinkende Ausgaben. Stärker wird es den Kulturbereich treffen: Angesichts der zu erwartenden Mindereinnahmen infolge der Corona-Pandemie gehen 42 % der Kommunen davon aus, dass sie künftig weniger Geld für Kulturangebote ausgeben werden. Nur 6 % können sich vorstellen, die Ausgaben für Theater, Museen und andere kulturelle Angebote zukünftig anzuhähen. Ähnlich sieht es für Sportangebote aus, wo 32 % mit einem Ausgabenrückgang rechnen und nur 9 % eine Ausweitung erwarten. Auch sonstige soziale Angebote z. B. für Jugendliche oder Senioren, die nicht bereits über die Leistungen der Sozialhilfe rechtlich fixiert sind, dürften eher reduziert werden; 27 % der Kommunen gehen von sinkenden Ausgaben aus, nur knapp 12 % erwarten eine Zunahme.

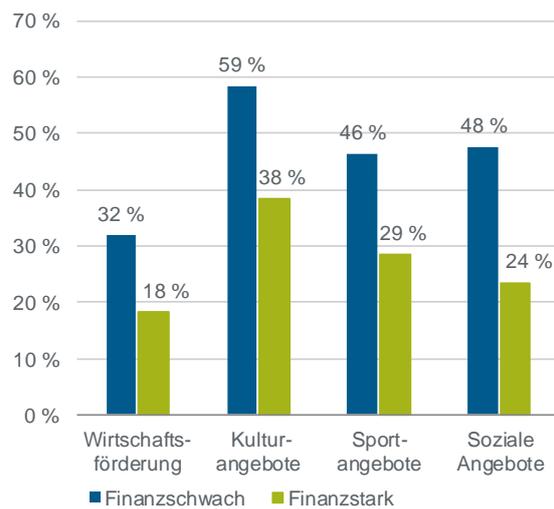
Eine große Rolle für die künftigen Ausgaben für freiwillige Aufgaben spielt die Finanzstärke einer Kommune. Über alle vier abgefragten Aufgabenbereiche hinweg erwartet ein deutlich höherer Anteil an finanzschwachen Kommunen einen Rückgang als dies unter finanzstärkeren Kommunen der Fall ist (Grafik 3).<sup>11</sup> Das deutet darauf hin, dass künftig Kultur-, Sport- oder Sozialangebote vor allem in jenen Gemeinden, Städten und Kreisen unter den coronabedingten Minderausgaben leiden werden, in denen schon zuvor die Budgets knapp waren.

**Erste Maßnahmen zur finanziellen Entlastung halfen, mittelfristig halten Kommunen strukturelle Anpassungen für notwendig**

Vor dem Hintergrund der Befürchtung massiver Einnahmehinbrüche in der Krise hat die Politik den Kommunen finanzielle Entlastungen zugesagt. Von 64 % der befragten Kommunen wird dies auch an erster Stelle der kurzfristig hilfreichen Maßnahmen genannt. Die Entlastung bei den Sozialausgaben, z. B. in Form der Übernahme von 74 % der Kosten der Unterkunft (KdU),<sup>12</sup> wird hingegen von deutlich weniger Kommunen als wichtiger Beitrag zur unmittelbaren Krisenbewältigung wahrgenommen.

Demgegenüber nennen die Kommunen vor allem eine strukturelle Anpassung der Finanzmittelverteilung als zweitwichtigste Maßnahme. Hierunter fallen sowohl ein höherer gemeindlicher Anteil an den Gemeinschaftssteuern als auch Reformen der kommunalen Finanzausgleichssysteme. Doch dies sind jeweils konfliktäre politische Vorhaben, die allenfalls in der mittelfristigen Perspektive realistisch sind. Ebenfalls eher auf der langen Zeitachse werden zusätzliche Förderprogramme gesehen, die von den Kommunen tendenziell erst an dritter Stelle als mittelfristig hilfreiche Maßnahmen genannt werden.

**Grafik 3: Finanzschwache Kommunen erwarten häufiger Einsparungen bei freiwilligen Aufgaben**



Lesehilfe: Dargestellt ist der Anteil der Kommunen, die in den genannten Bereichen „eher“ und „stark“ sinkende Ausgaben infolge der Krise erwarten, jeweils unterschieden nach schwacher und starker Finanzkraft der Kommunen. Zur Definition von „finanzschwach / finanzstark“ siehe Fußnote 11.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2021.

**Fazit**

Nach rund einem Jahr Corona-Krise lässt sich ein erstes, vorsichtiges Zwischenfazit über die finanziellen Auswirkungen für die Kommunen ziehen. Die anfänglichen Befürchtungen von Einnahmehinbrüchen haben sich vielerorts bestätigt. Die von Bund und Ländern angestoßenen finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für die Kommunen werden deshalb

positiv bewertet. Doch die Krise wird ihre eigentlichen Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen erst mit zeitlicher Verzögerung offenbaren. In der mittelfristigen Perspektive sind nicht allein die zu erwartenden Mindereinnahmen das Problem, sondern die gleichzeitig steigenden Ausgaben zur Bewältigung der Krise. Hohe Haushaltsdefizite sind somit absehbar.

Diese Finanzierungslücken drohen vor allem zu Lasten der freiwilligen Aufgaben zu gehen. Und auch, wenn sich kommunale Investitionen in Querschnittsaufgaben wie Digitalisierung, Klimaschutz oder Demografie in der Krise als überraschend robust zeigen, so erwarten dennoch nicht wenige Kommunen mittelfristig sinkende Investitionsausgaben. Dies betrifft einmal mehr die finanzschwachen Kommunen im besonderen Maße und folgt damit dem bekannten Muster regionaler Disparitäten in Deutschland. Gerade die kommunale Investitionstätigkeit ist jedoch in Anbetracht ihrer Rolle für die Leistungsfähigkeit vieler Infrastrukturen und damit auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland von besonderer Wichtigkeit. Der über die letzten Jahrzehnte aufgewachsene Investitionsrückstand in den Kommunen, der laut KfW-Kommunalpanel 2020 bei 147 Mrd. EUR liegt, wird nur abgebaut werden können, wenn der zuletzt eingeschlagene Pfad der Investitionssteigerung fortgesetzt wird. Dies könnte zugleich ein Beitrag zur Stärkung der Konjunktur sowie zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen in Deutschland sein.<sup>13</sup>

Die kommunale Investitionsplanung reagiert aufgrund der langen Vorläufe nur verzögert auf externe Schocks wie die Corona-Pandemie. Noch ist darum kein Einbruch der Investitionsausgaben zu verzeichnen. Allerdings erschwert die aktuelle Unsicherheit die Investitionsplanungen für die nächsten Jahre. Sollte die kommunale Investitionstätigkeit an Fahrt verlieren, wird es schwieriger, auch nach der Krise wieder Tempo aufzunehmen und die gesamtstaatlichen, transformativen Herausforderungen anzugehen. Ziel aller politisch verantwortlichen Akteure sollte es darum jetzt sein, den Kommunen die erforderliche finanzielle Planungssicherheit zu verschaffen.

Die hier vorgestellten Ergebnisse der Befragung können im Detail auch einer Präsentation entnommen werden, die unter [www.kfw.de/research-kommunen](http://www.kfw.de/research-kommunen) verfügbar ist.

### Zum KfW-Kommunalpanel

Im Auftrag der KfW hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Zeitraum von September bis Dezember 2020 zunächst insgesamt 2.205 Kommunen um die Teilnahme am KfW-Kommunalpanel 2020 gebeten. In einer Ergänzungsstichprobe wurden ab Oktober weitere 1.450 Kommunen befragt. Die Auswahl der Kommunen folgt dabei einer seit 2009 weiterentwickelten Methode, um für alle Städte und Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern sowie alle Landkreise repräsentative Ergebnisse erzielen zu können.<sup>14</sup> Die Rücklaufquote liegt mit 659 Kommunen bei 29,9 % bezogen auf das ursprüngliche Sample und mit weiteren 106 Kommunen bei 7,3 % bezogen auf die Ergänzungsstichprobe. Insgesamt nahmen somit 765 Kommunen teil. An der Entwicklung des Fragebogens wirken im Rahmen eines Panelbeirates auch Vertreterinnen und Vertreter aus der Kommunalwissenschaft und der kommunalen Praxis mit. Die jährliche Befragung wird durch die kommunalen Spitzenverbände unterstützt.

**Das KfW-Kommunalpanel 2021 wird voraussichtlich Mitte Mai 2021 veröffentlicht und dann unter [www.kfw.de/kommunalpanel](http://www.kfw.de/kommunalpanel) bereitgestellt.**

Folgen Sie KfW Research auf **Twitter**.

Oder abonnieren Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter, und Sie verpassen keine Publikation.

[Zur Anmeldung](#)

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2021): „Öffentliche Ausgaben in den ersten drei Quartalen 2020 um 11,6 % höher, Einnahmen um 4,3 % niedriger als im Vorjahr“, Pressemitteilung Nr. 005 vom 6. Januar 2021.

<sup>2</sup> Für die Ergebnisse aus der Mai-2020-Befragung siehe: Brand, S., J. Steinbrecher und E. Krone (2020): Kommunal Finanzen in der Corona-Krise: Einbruch erwartet. Investitionen unter Druck. Fokus Volkswirtschaft Nr. 289, KfW Research.

<sup>3</sup> Die Antwortkategorien „etwas schlechter“ und „deutlich schlechter“ werden zu „schlechter“, die Kategorien „etwas besser“ und „deutlich besser“ zu „besser“ zusammengefasst. Bei den folgenden Fragen werden die abgefragten Kategorien „eher sinken“ und „stark sinken“ zu „sinken“ sowie „eher steigen“ und „stark steigen“ zu „steigen“ zusammengefasst. Wenn nicht explizit angegeben, entfallen die restlichen Anteile jeweils auf die Kategorie „bleibt unverändert“. Sollten die im Text angegebenen Prozentwerte der zusammengefassten Kategorien jeweils um einen Prozentpunkt von den Summen der Einzelangaben in den Grafiken abweichen, so ist das runderungsbedingt. Abgefragt wurden „Ausgaben“ bzw. „Einnahmen“ für kameral und „Auszahlungen“ bzw. „Einzahlungen“ für doppisch buchende Kommunen, wobei im Text dem besseren Verständnis halber die kameralen Bezeichnungen genutzt werden.

<sup>4</sup> Auch bei den kommunalen Einnahmen aus den Zuweisungen und bei den Gebühren, Beiträgen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit stellt sich die aktuelle Lage für eine Vielzahl der Kommunen schlechter dar, als noch im Mai 2020 erwartet. Einzig bei den Zuschüssen und Fördermitteln lässt sich keine substanzielle Veränderung zu den Einschätzungen aus dem Frühjahr erkennen.

<sup>5</sup> Siehe Bundesministerium der Finanzen (2020): Maßnahmen zur Entlastung von Kommunen und der neuen Länder beschlossen. Pressemitteilung Nr. 14 vom 24. Juni 2020.

<sup>6</sup> Nur ein wenig besser sieht das Bild für die anderen Einnahmearten aus. Bei den Zuweisungen sowie den Gebühren, Beiträgen und den sonstigen Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit gehen 61 bzw. 48 % von Rückgängen aus. Leichte Steigerungen prognostizieren nur 13 bzw. 5 %, während die restlichen Kommunen keine Veränderung erwarten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Konjunkturprogramme sind die Erwartungen für die Fördermittel ein wenig besser: Hier gehen 35 % von Kürzungen aus, während 15 % eine Ausweitung einkalkulieren. Auch

hier sind die aktuellen Einschätzungen sehr ähnlich zu den Erwartungen zum Zeitpunkt der letzten Befragung im Mai. Allerdings werden die Fördermittel in Zukunft wohl wichtiger speziell für die Investitionsfinanzierung, denn 66 % der Kommunen stimmen dieser Aussage zu. Und soweit die Kommunen in Ihrer Investitionsfinanzierung auf Fremdkapital zurückgreifen, erwarten 77 % keine durch die Krise erschwerten Bedingungen bei der Kreditaufnahme. Vgl. dazu auch Brand, S. und J. Steinbrecher (2021): Kommunalfinanzierung in der Corona-Krise – Einschnitte aber eine Zeitenwende, Wirtschaftsdienst, H. 1, Jg. 101, S. 46ff.

<sup>7</sup> Mit einer Steigerung bei den Personal- und den Sozialausgaben rechnen mittelfristig 49 bzw. 44 % der Kommunen, nur 3 bzw. 4 % gehen von einem Sinken aus. Bei den Sachkostenpreisen 60 % eine Ausgabensteigerung ein, nur 7 % erwarten eine Reduktion. Auch hier liegen die Erwartungen auf einem ähnlichen Niveau wie im Mai 2020.

<sup>8</sup> Die Antwortkategorien „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ werden zu „stimmte zu“, die Kategorien „stimme eher nicht zu“ und „stimme gar nicht zu“ zu „stimmte nicht zu“ zusammengefasst. Sollten die im Text angegebenen Prozentwerte der zusammengefassten Kategorien jeweils um einen Prozentpunkt von den Summen der Einzelangaben in den Grafiken abweichen, so ist das runderungsbedingt. Zu den Finanzierungswegen kommunaler Investitionen vgl. Brand, S. und J. Steinbrecher (2020): Kommunale Investitionen: Preiseffekte am Bau „fressen“ Zinsentlastung auf, Fokus Volkswirtschaft Nr. 281, KfW Research.

<sup>9</sup> Vgl. Brand, S., J. Steinbrecher und E. Krone (2020): Digitalisierung in Kommunen: Große Erwartungen treffen auf viele offene Fragen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 298, KfW Research sowie Brand, S. und J. Steinbrecher (2021): Digitalisierung und Fachkräftemangel erfordern neue Personalpolitik in Kommunen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 314, KfW Research.

<sup>10</sup> Vgl. Deutscher Städtetag (2020): Finanzlage 2021 – Kommunen warnen vor Finanzloch von 10 Milliarden Euro. Pressemitteilung vom 1. Dezember 2020.

<sup>11</sup> Als finanzschwach gelten hier Kommunen, wenn sie im Vorjahr (2019) keinen ausgeglichenen Haushalt aufstellen konnten. Zieht man für die Finanzschwäche andere Kriterien heran wie etwa ein Nicht-Erreichen des ordentlichen Ergebnisses im Vorjahr oder das Vorliegen eines Haushaltssicherungskonzeptes im Jahr 2020, so weisen die Ergebnisse in dieselbe Richtung.

<sup>12</sup> Der Bund hat die dauerhafte Übernahme von 74 % der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende zugesagt. Dies entspricht einer jährlichen Entlastung der Kommunen um ca. 3,4 Mrd. EUR. Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2020): a. a. O.

<sup>13</sup> Vgl. Köhler-Geib, F. (2020): Wie weiter? Woraus es in der Corona-Krise jetzt ankommt, KfW Research Positionspapier vom 20. August 2020.

<sup>14</sup> Zum methodischen Vorgehen, vgl. Krone, E. und H. Scheller: 10 Jahre KfW-Kommunalpanel: Methodik der Datenerhebung und -aufbereitung, Methodenpapier im Auftrag der KfW Bankengruppe.